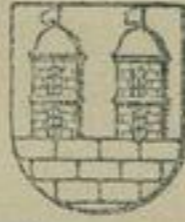


# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640



Erhebt bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelbestellung 1, die Woche 6, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Zeile im letzten Teil der Zeitung 50 Goldpfennig. Nachweisgebühr 20 Goldpfennig. Verschiedene Anzeigenpreise u. Plakatschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittag 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist ohne Erlaubnis der Redaktion strafbar.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen.

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 134 — 1923 — 82 Jahrgang.

Donnerstag / Freitag 15. / 16. November

## Poincarés neuester Schwanz.

„Die Sachverständigenkommission ist tot; es lebe die nächste!“ So kann Poincaré den alten Ruf, der in Frankreich erschallt, wenn ein König stirbt, etwas variierend erwidern lassen. Variiert übrigens ist auch die Sachverständigenkonferenz.

Lord Curzon hatte doch einen — allerdings kleinen — Schritt zur Lösung der Reparationsfrage getan — diese Reparationsfrage wird übrigens mit einer unendlichen Dauer und schließlich solange der Lösung entgegengebracht, bis sie wie jeder Versuch auf der Strecke bleibt —; Curzon hatte sich mit Hughes, dem amerikanischen Staatssekretär des Außen, über eine Sachverständigenkonferenz oder -kommission ins Benehmen gesetzt und hatte die Teilnahme Amerikas an dieser Konferenz zur Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit zugesagt erhalten. Poincaré wurde nun gefragt, was er darüber denke. Selbstverständlich, selbstverständlich ist er dafür; er, Poincaré, sinne und trachte doch nur danach, Mitteleuropa wieder in Ordnung zu bringen, vor allem Deutschland. Sehr gern wolle er einer solchen Konferenz seine Zustimmung geben; aber so ein paar ganz kleine Bedenken wolle er doch vortragen. Die mußten aber aus dem Wege geräumt werden; sonst sehe er sich zu seinem Bedauern genötigt, abzulehnen. So dürfte diese Kommission oder Konferenz selbstverständlich nicht das Wort Ruhr- und Rheingebiet in den Mund nehmen. Das ginge sie nichts an. Und die Reparationssumme dürfe auch nicht herabgesetzt werden. Auch brauche sich dann kein Staat nach dem Prüfungsergebnis der Kommission zu richten, die überhaupt von der Reparationskommission ernannt werden müsse. Und noch einiges andere wandte er ein. Sabotage ist ein Wort, das aus dem Französischen kommt, das also Herr Poincaré recht genau kennt. Was er hier trieb, war Sabotage, und Amerika erklärte demgemäß, daß es an der ganzen Geschichte nicht mehr interessiert sei, zumal Poincaré nur eine Prüfung der Reparationsfähigkeit Deutschlands für eine begrenzte Zeit dulden wolle. Das aber hätte keinen Zweck; das sei überflüssig. Damit ward die interalliierte Sachverständigenkommission im Sinne Curzon-Hughes tot.

Es lebe die neue! Poincaré will nämlich eine andere einberufen lassen, und zwar durch die Reparationskommission; Varibou soll dort den Antrag auf Einsetzung einer solchen Kommission stellen. An ihr sollen die Länder teilnehmen, die auch in der Reparationskommission vertreten sind. Das heißt: nicht Amerika. Man wird es wohl einladen, es wird natürlich ablehnen. Nicht Deutschland, das höchstens „gehört“ wird. Und damit diese Kommission — unter französischem Vorsitz natürlich — genau weiß, was sie zu tun hat, nicht etwa Pfad wandelt, die Herr Poincaré nicht gefallen, erhält sie von ihm gleich ein Programm vorgelegt, einen Auftrag. Und in diesem Auftrag steht überhaupt nichts von einer Untersuchung der Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern lediglich der Befehl, festzustellen, wie Deutschland zahlen soll. Die Kommission soll zunächst einmal ermitteln, wo deutsches Kapital im Ausland heimlich oder offen vorhanden ist und „Maßnahmen zu seiner Herbeischaffung ins Auge fassen“. Was der Kommission wohl einigermaßen schwer werden wird. Hat man etwa eine zweite „Liquidation“, lies Ausraubung deutschen Eigentums im Ausland, ins Auge gefaßt? Und dann soll obige Kommission feststellen, wie und in welchem Umfange die Einnahmequellen des Reiches selbst mit zur Finanzierung der Reparationen heranzuziehen sind. Also die Finanzkontrolle im einzelnen und einzelfest. Doch darüber hinaus soll die Kommission schließlich noch feststellen, welche Maßnahmen Deutschland zur Verbesserung seiner Finanzen ergreifen soll. Das heißt also: ein Eingriff in die Finanzgebarung, Vorschriften über die Erlassung von Gesetzen, kurz eine Kommission mit der gleichen Rolle, wie sie der Völkervereinigungsfrage Zimmermann“ in Österreich spielt. Aber über Thema, nämlich Ruhrgebiet, darf nicht gesprochen werden. Im Westen ist die Souveränität des Reiches bis Dortmund hin ausgeschaltet. Auf dem Gebiet der Währung ebenso, und wenn man wegen einer Verwaltungsangelegenheit an Rhein und Ruhr einmal anfragt, dann heißt es: „Seht euch mit den Franzosen in Verbindung; fragt diese!“ Nun geht es auf finanziell-wirtschaftlichem Wege auch über das übrige noch unbefreite Deutschland her. Mit Hilfe einer solchen „Sachverständigen“-Kommission von Poincarés Gnaden.

Er mag sich mit Recht freuen, daß die alte Kommission tot und begraben ist; noch mehr freuen aber wird er sich über die neue.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten von Anlling in Berlin zu einer Aussprache mit dem Reichskanzler war zu Dienstagabend angelagt.

Poincaré hat die Absicht kundgegeben, an Stelle der geschiedenen Sachverständigenkonferenz zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit eine andere unter seinem Einfluß einberufen.

In Ludwigsbafen wurde durch die französische Kriminalpolizei der Oberbürgermeister Dr. Weiß verhaftet und nach Landau gebracht. Zensurwache Gründe für die Verhaftung sind nicht bekannt geworden.

In England sollen am 5. und 6. Dezember die Parliamentswahlen stattfinden.

## D. Traub über den Hitler-Putsch.

In der „München-Augsburger-Abendzeitung“, einem der ernsthaftesten und zugleich vornehmsten aller bayerischen Blätter, nimmt D. Traub Stellung zum Hitler-Putsch und dessen treiben Begleiterscheinungen. Was Traub zu sagen hat, ist wert, weithin gehört zu werden. Daß er wie zahlreiche (um nicht zu sagen alle) denkenden Männer in Bayern sich bekannnt als Zugehöriger zu den Reihen, von denen aus dem Reich und seinen vielen Nöten Hilfe kommen soll, hat nichts damit zu tun, wenn wir seine Äußerungen unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Wir würden gerne eine Stimme zu Wort kommen lassen, die sich auf den Gegenstand stellt. Um uns zu bewahren vor dem Verdacht, die Angelegenheit einseitig zu beleuchten. Etwas der Sache Würdiges ist uns aber als Gegenstandspunkt nicht zu Gesicht gekommen. Wie das kommt? — Ja nun, es dürfte sehr schwer fallen, den deutschen Kern, der trotz unterlaufender Abwegigkeit sich aus der bayerischen Bewegung immer deutlicher herauschält, totzuschweigen oder ihn abzuschwächen oder ihn gar zu widersprechen. Mit Internationalismus ist ihm ganz gewiß nicht beizukommen! Wie also sonst? —

„Nationalgesinnte Männer“ — so schreibt Traub — „haben auseinander geschossen. Das ist das fürchterliche Erlebnis des gestrigen Tages. Schreiben kann ich darüber nicht. Blut ist ein bitterer Saft und Blut nationaler Männer haben wir nicht mehr im Ueberflus. Wer darum urteilen will, darf es nur, wenn er sich vor diese Taten stellt und tiefbedrückt befindet. — Eine Blut schneidende Richtung und Aburteilens ergibt sich jetzt über Salom, Stammtisch und Straße. Mit Behagen wird gelüftet, gelogen, geschimpft, geschrien. Die Waffe, die gebildet wie die ungebildet, ruft heute „Hoch“ und morgen „Kreuzige“. Einmal geht die Wahrheit ihren Weg — Notwendig ist jetzt vor allem eins: Bünden verbinden und nicht in ihnen wählen. Warum? Ich vergesse den biden Schieber mit fremdländischem Gesicht nicht, den ich gestern abend mit feilem Lachen vor der „Stadt Wien“ erzählen hörte, wie die Nationalsozialisten nun „Luthe gemacht“ seien. — Autorität eines Staates, der nicht der Novemberrevolution entsprungene ist, hat Recht und Pflicht, sich durchzusetzen. Darum haben wir uns so gefreut, daß gegen das Novemberberlin nicht ein Verband, nicht eine Partei, sondern ein Staat, und zwar der zweitgrößte Bundesstaat im Reich, aufgestanden ist, um Deutschland von der Revolutionserbschaft zu befreien. Diese Autorität zu stützen, haben wir stets als gemeinsame Aufgabe aller vaterländischen Kreise betrachtet. Daran halten wir fest. — Die Autorität des bayerischen Staates im Reich wird erschüttert, wenn er sich gegen Preußen entsetzt, wolle, statt Stolz auf deutsche gemeinsame Geschichte und bayerische Ehre zu pflegen. Nie kann ein deutscher Staat den Kampf um Pfalz, Rhein, und Ruhrgebiet erfolgreich führen, wenn er Frankreich den Dienst tut, auf Preußen zu schimpfen. Das deutsche Bewußtsein bäumt sich auf gegen den Erlaß gegen den Preußen Ludendorff und seinen Anhang. — Wir entschuldigen nicht, wo Schuld liegt. Aber wir meinen, es muß sich über den Gräbern der Toten ein Weg für Ehrlich-Wollende finden lassen, Marzisten und Anhang sein Schauspiel zu geben, über das sie jauchzen. Der Persönlichkeitsprotest nationaler Kreise ist der lebhafteste Wunsch aller Alldein und Herden, Ebert und Hindenburg, Nabel und Poincaré. Auch auf dem Münchner und Nürnberger Rathaus wäre ein Jublieren ohne Ende, wenn diese Perle weiter um sich greifen würde. — In nationalen Arbeiterkreisen darf keine Enttäuschung um sich greifen. — Ehren-

wort verpflichtet. Hitler hat es, soweit bis jetzt feststeht, gebrochen. Das ist keine unerbittliche Schuld. Das Unheil, in das er viel junges Blut hineintrief, kommt auf seine Rechnung. Die einfache Wahrheit bleibt für jeden verbindlich: Ein Mann — ein Wort. — Die alte Aufgabe bleibt, nun erst recht: Los von der Novemberrepublik, los von dem Geist jener Tage, nicht um einer partikularistischen Zukunft, sondern um des Deutschen Reiches willen. Diese Aufgabe hat der bayerische Staat übernommen. Er muß sie zu Ende führen. Er kann das nicht ohne die Unterstützung derer, die überzeugungsgemäß nie Frieden mit der Republik gemacht haben. Es wäre eine Ungeheuerlichkeit, sollte der Jahrestag der Novemberrevolution mit den gestrigen Schüssen schließen. Baden hat nun erst recht die Pflicht, im Zusammenbandeln mit allen nationalen Kreisen dem Internationalismus volle Hebrde zu schwören und ihm den Garau zu machen. Schwarz-weiß-rot muß auferstehen! Bayern und Deutschland, freies Deutschland und freies Bayern — das ist die Lösung.“

Ein Staat, der zweitgrößte Bundesstaat im Reich, und nicht ein Verband, nicht eine Partei ist gegen das Novemberberlin aufgestanden! Der Staat im Reich, in dem an Engherzigkeit grenzender Partikularismus vom Bestehen des Reiches an bis in den Krieg hinein, ja noch darüber hinaus, an der Tagesordnung war. In dem ein Doktor Siegl als Herausgeber der Münchner Tageszeitung „Das Baurische Vaterland“ Jahrzehnte hindurch wahre Orgien im Preußenhass feiern konnte. Der Staat aber, der heute, nach fünfjähriger Dauer der ungeligen Regierungsspielerei in Berlin, die das deutsche Volk immer tiefer in Elend und Knechtschaft trieb, als erster sich aufrast, getragen vom gelamten Bayernvolk, das unumgänglich nötige „Bis hierher und nicht weiter!“ den Regierenden in der Reichshauptstadt Berlin entgegenzusetzen. „Preußen in Deutschland voran!“, — so schmetterten es jahrzehntelang die Ueber-Preußen in alle Welt hinaus. Ueber die Berechtigung dazu ließ sich streiten. Früher ganz besonders. Wenn das Bayernvolk, das seinen „Auer“, seinen „Mühlam“, seine „Räte“ in der Regierung über sich ergehen ließ, aus diesen Zeiten gelernt hat, — warum soll es, gestützt auf Männer wie Kahr, nicht jenen Preußenruf, auf Bayern umgemünzt, auf seine Fahnen schreiben? Den Partikularismus scheint man abgelegt zu haben. Nicht in blau-weiß, sondern schwarz-weiß-rot soll das Banner leuchten, unter das sie sich scharen. Sind's diese Farben, die das Mißtrauen derer wachrufen, die sich noch immer nicht davon überzeugen lassen, daß die von Bayern ausgehende Bewegung eine deutsche ist? Deutsch, und nur deutsch? Unter den Farben schwarz-rot-gold („Senf“ für „Gold“) sagen ja nur die hartgesottensten Augenbeweger läßt sich doch heute eine nationale Bewegung nicht mehr einleiten. Die Zeiten sind vorüber. Vorüber, abgetan, der Vergessenheit überantwortet auch die Männer, die ihre Zeit — man denke nur an die Vorwachen zu den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung Anfangs 1919! — nicht zu nutzen verstanden. Wer weint ihnen heute noch eine Träne nach? —

## Hochverratsverfahren wegen des Münchener Putsches.

Anklage vor dem Reichsgericht.

Aus Berlin wird der München-Augsburger Abendzeitung die Nachricht übermittelt von der Erhebung des Hochverratsverfahrens wegen des Münchener Putsches. Die Meldung lautet: Obwohl die bayerische Regierung die Aburteilung der Münchener Putschisten vom 8. November vor dem Sondergericht in München in die Wege geleitet hat, ist vom Reichs-Landgericht in Leipzig auf den Oberreichsanwalt auf Erhebung des Hochverratsverfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig ergangen. Der Antrag des Reichs gründet sich auf die Erklärung der Hitler-Leute von der Abscheuung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

In einer halbamtlichen Münchener Erklärung wird gegenüber Behauptungen von nationalsozialistischer Seite aus gesagt, daß Kahr stets beiont habe, daß eine Reichsdiktatur, die nur von Bayern ausgeht, völlig aussichtslos sei. Im übrigen habe Herr v. Kahr erklärt, er sei fest entschlossen, gegen jeden Verband, der aus sich selbst einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen suche, mit Waffengewalt vorzugehen.

Ludendorff hält sich zur Verfügung. General Ludendorff läßt folgende Erklärung verbreiten: Meine ehrenwörtliche Erklärung, die ich dem Herrn Ersten Staatsanwalt am Landgericht in München bei meiner Entlassung aus der Schutzhaft am 9. November abgegeben habe, lautet wörtlich: „Ich verweigere gegen Ehrenwort, daß ich ohne Zustimmung des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht in München 1 meinen Aufenthalt nicht wechseln werde. Ich verweigere weiterhin gegen Ehrenwort, daß ich mich bis zur Erledigung des Strafverfahrens an keiner politischen Bewegung beteilige.“

werde, die den gewaltsamen Umsturz der Regierung des Landes oder des Reiches zum Ziele hat.

Die Lage in München. Am Montag kam es im Stadtkern zu Ansammlungen. Besonders ist die Unruhe unter der nationalsozialistischen Studentenschaft lebhaft. Vom 13. ab sind wieder Theater-, Musik- und Lustspielaufführungen gestattet. Ein Minister hat sich mit der durch die Vorgänge der letzten Tage geschaffenen Lage befaßt. Gegenüber in der Provinz verbreiteten Gerüchten, der Generallandskommissar sei von höchster Stelle zum Rücktritt bewogen worden, verkündet, daß Generallandskommissar v. Kahr besonders jetzt, wo die ganze Verantwortung auf ihm ruhe, nicht daran denke, sein Amt zu verlassen.

In München ist eine Bekanntmachung erschienen, daß infolge der studentischen Demonstrationen die Universität mit ihren Anstalten durch einstimmigen Beschluß des akademischen Senats, dem auch die studentische Vertretung einhellig beipflichtete, bis auf weiteres geschlossen wird. Die Verwaltung der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates hat sich dieser Maßnahme angeschlossen.

## Angriffe der Separatisten.

Mit französischer Hilfe. Der erwartete Angriff der Separatisten auf Limburg hat eingeseht. Bewaffnete Banden kamen aus Diez und gingen sofort zum Angriff auf das Limburger Rathaus vor. Die französischen Behörden scheinen dem Angriff mit Wohlwollen zuzusehen. An die farbigen Truppen wurde scharfe Munition verteilt. Wie man aus Daun meldet, herrschen in der Gifel infolge des Treibens der Sonderbündler trostlose Zustände. Der separatistische Bürgermeister Rudolf Kirch treibe dort sein Unwesen und läte ein Schreckenregiment aus. Aber Daun selbst sei der Belagerungszustand ver-